



Kennzahlen Kanton Basel-Stadt

Beilage 1

in Mio. Franken	2025	2026	2027	Abweichung
	Rechnung	Budget	Budget	B27/B26
Erfolgsrechnung				
Zweckgebundenes Betriebsergebnis	-3'483.2	-3'546.8	-3'659.4	-3.2%
Nicht zweckgebundenes Betriebsergebnis	3'386.0	3'504.8	3'641.9	3.9%
Abschreibungen	-251.2	-238.5	-239.7	-0.5%
Betriebsergebnis	-348.5	-280.5	-257.2	8.3%
Finanzaufwand	-212.9	-130.2	-132.7	-1.9%
Finanzertrag	573.3	411.3	433.1	5.3%
Finanzergebnis	360.4	281.1	300.4	6.9%
Gesamtergebnis	11.9	0.6	43.2	>100.0%
Investitionsrechnung				
Investitionsausgaben	-469.4	-579.7	-558.0	3.7%
Investitionseinnahmen	52.2	34.1	44.7	31.3%
Saldo Investitionsrechnung	-417.2	-545.6	-513.2	5.9%
Kennzahlen				
Finanzierungssaldo	-139.0	-290.5	-213.5	26.5%
Selbstfinanzierungsgrad	66.7%	46.7%	58.4%	11.7 PP
Nettoschulden	274.9	-15.7	-229.2	<-100.0%
Nettoschuldenquote in Promille nominales BIP Schweiz	-0.3%	0.0%	0.3%	0.2 PP
Volkswirtschaftliche Referenzgrössen				
Wachstum reales Bruttoinlandsprodukt Basel-Stadt	3.6%	3.6%	4.0%	
Teuerung	0.5%	0.1%	0.6%	
Zinssätze langfristig	0.3%	0.3%	0.5%	
Arbeitslosenquote Basel-Stadt	4.3%	-	-	
Bevölkerungswachstum Basel-Stadt	1.0%	0.2%	0.5%	

Bemerkungen

Nachfolgend werden grössere Veränderungen in der Erfolgsrechnung gegenüber dem Budget des Vorjahres erläutert. Der Kanton Basel-Stadt unterscheidet das Betriebsergebnis in ein Zweckgebundenes Betriebsergebnis, ein Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis und Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen im Verwaltungsvermögen. Für die Departemente und Dienststellen ist vor allem das Zweckgebundene Betriebsergebnis relevant, da es die eigentliche Budgetvorgabe darstellt. Im Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis sind z.B. allgemeine Steuererträge und Transferleistungen vom und an den Bund enthalten.

Das **Zweckgebundene Betriebsergebnis** verschlechtert sich gegenüber dem Budget des Vorjahres um 112.6 Mio. Franken. Dies ist vor allem auf die folgenden positiven und negativen Faktoren zurückzuführen:

Entlastungen

- Infolge eines Rückgangs der Ausgaben für die Prämienverbilligung von der Rechnung 2024 auf 2025 wurde die Basis für die Budgetierung 2027 reduziert. Die Ausgaben 2027 werden deshalb im Vergleich zum Budget 2026 um rund 4.5 Mio. Franken tiefer geplant.
- Nicht alle Projekte der bikantonalen Bedarfsplanung BS/BL werden in den nächsten Jahren wie geplant umgesetzt werden können. Diese zeitliche Verzögerung führt zu einer Entlastung bei der Behindertenhilfe von 2.0 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2026.
- Das tiefere Budget in Höhe von 1.3 Mio. Franken bei der Berufsfachschule KV Basel setzt sich aus folgenden Positionen zusammen: Effizientere Klassenauslastung (+0.2 Mio. Fr.) sowie tieferer Mietaufwand am neuen Standort als im Provisorium (+0.7 Mio. Fr.), Umzugskosten (-0.3 Mio. Fr.) und höhere Entgelte (+0.6 Mio. Fr.).
- Die finanzielle Unterstützung der Initiative «Clinnova - Innovation in Healthcare» in Höhe von 1.1 Mio. Franken endet per 2026.
- Um den Verkauf der Basler Personenschiffahrt AG (BPG) zu ermöglichen, hat der Grosse Rat am 7. Januar 2026 die Aktienbeteiligung des Kantons Basel-Stadt vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen umgewidmet. Der Betriebsbeitrag an die BPG in Höhe von 1.0 Mio. Franken fällt nach dem Verkauf weg.
- Bei den Ergänzungsleistungen wird im Vergleich zum Budget 2026 eine Entlastung von 1.0 Mio. Franken aufgrund von sinkenden Bezügerzahlen bei etwa gleichbleibenden Leistungen pro Person erwartet.

Belastungen

- Der weitere Anstieg der Anzahl Schülerinnen und Schüler führt zu Mehrkosten für zusätzliche Lehrpersonen. Bei den Volksschulen belaufen sich diese auf 5.5 Mio. Franken, bei den Mittelschulen auf 1.0 Mio. Franken und bei den berufsbildenden Schulen auf 2.5 Mio. Franken. Zudem steigen aufgrund der hohen Anzahl Flüchtlingskinder sowie zugezogener Schülerinnen und Schüler ohne Deutschkenntnisse die Ausgaben für die Einstiegsgruppen (3.0 Mio. Fr.).
- Die für das Jahr 2027 relevante Jahresteuern wird auf 0.6% geschätzt. Für den Teuerungsausgleich auf Löhnen und teuerungsberechtigten Staatsbeiträgen wurde deshalb ein Betrag von 11.8 Mio. Franken im Budget 2027 eingestellt.
- Die Ausgaben für die Sozialhilfe werden um 10.6 Mio. Franken höher budgetiert als im Vorjahr. Die Zunahme der Zahlfälle sowie Teuerungseffekte (Krankenkassenprämie, Wohnkosten, Grundbedarf) in der Allgemeinen Sozialhilfe führen zu einer Kostensteigerung von 8.5 Mio. Franken. Im Asylbereich beträgt die Kostensteigerung 2.6 Mio. Franken.
- Aufgrund des Entlastungspakets 2027 des Bundes fallen um 10.3 Mio. Franken tiefere Bundespauschalen im Asylbereich an.
- Für die Stabilität und Betrieb der IT-Infrastruktur sind insgesamt Mehrausgaben in Höhe von 5.5 Mio. Franken vorgesehen. Die Sachkosten steigen insbesondere durch höhere Lizenzkosten und durch eine höhere Lizenzmenge. Auch soll der Bürgersupport zum Online-Identifikationsdienst AGOV weitergeführt werden. Die Kosten fallen hierfür höher aus als geplant. Ein personeller Mehraufwand besteht für das Axioma-System, die ICT-Security, das IAM-Engineering/One-Identity und einen System Engineer.
- Die Zunahme der Kosten für die Beiträge an die spitalstationären Behandlungen in Höhe von 5.1 Mio. Franken ist einerseits auf die erwarteten Tarifierungen für das Budgetjahr 2027 sowie auf die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung zurückzuführen.
- Für die Neuausrichtung IT-Governance und IT BS soll das Budget im Vergleich zum Vorjahr um 3.8 Mio. Franken erhöht werden. Bei der IT BS besteht in den Bereichen Steuerung,

Governance und Unterstützungsfunktionen ein Mehrbedarf. Das Gleiche gilt an den Kundenschnittstellen, in der Architektur, in der Steuerung der Lieferanten und in der Steuerung der Dienstleistungen. Damit die Konferenz für Informatik und Informationssicherheit (KIS) ihre Aufgaben professionell wahrnehmen kann, wird eine Geschäftsstelle benötigt. Ebenso wurden Stabilitätsrisiken aufgrund der ungenügenden Ausstattung an Ressourcen und spezialisierten Kompetenzen festgestellt. Um diese Defizite zu beheben, sind insgesamt 16 zusätzliche Stellen notwendig.

- Der weitere Ausbau der Tagesstrukturen auf allen Schulstufen führt zu Mehraufwendungen von 3.7 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahresbudget.
- Für die Umsetzung des Gegenvorschlags zur kantonalen Volksinitiative «1% gegen globale Armut» wird das Budget gestaffelt erhöht. Dies führt im Budget 2027 zu Mehraufwendungen von 3.4 Mio. Franken.
- Der Unterhalt der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen steigen im Vergleich zum Vorjahresbudget aufgrund des grösseren Flächenbedarfs, verschärfter Normen und Gesetze, der Teuerung und steigenden Aufwendungen bei Haustechnik und Gebäudeunterhalt um 3.2 Mio. Franken an.
- Die Stellvertretungskosten für Unterrichtsausfälle in Folge von Krankheit, Unfall, Mutter-/Vaterschaft sind deutlich gestiegen. Das Budget 2027 ist im Vergleich zum Vorjahr um 3.0 Mio. Franken zu erhöhen.
- Die Abweichung gegenüber dem Vorjahresbudget von netto 2,9 Mio. Franken im Straf- und Massnahmenvollzug ergibt sich insbesondere aus höheren Kosten aufgrund der gestiegenen Anzahl Hafttage sowie aus Neueinreihungen beim Aufsichtspersonal. Die Mehrkosten werden durch zusätzliche Einnahmen aus den internen und externen Kostgeldverrechnungen nur teilweise kompensiert.
- Das Globalbudget Öffentlicher Verkehr wird um 2.5 Mio. Franken höher budgetiert als im Vorjahr. Die Steigerung ist insbesondere auf höhere Kosten für den Baustellenersatzverkehr, für die zweite Tranche der E-Busse sowie steigende U-Abo-Subventionen zurückzuführen. Eine höhere erwartete Ausgleichszahlung von BL im Rahmen der Abgeltungsrechnung BS/BL vermindert die Mehrausgaben.
- Für die Infrastruktur und den Betrieb des Erziehungsdepartements fallen Mehrkosten von 2.3 Mio. Franken an. Dies ist insbesondere auf höhere Kosten für Umzüge bei Schulen, Ersatzbeschaffungen Mobiliar, Reinigung, Unterhalt und Wartung der Schulbauten zurückzuführen.
- Die Restfinanzierungskosten Spitex erhöhen sich im Vergleich zum Budget 2026 aufgrund des erwarteten starken Leistungswachstums um 2.2 Mio. Franken.
- Die Umsetzung des vom Grossen Rat beschlossenen Massnahmenpakets zur Weiterentwicklung der integrativen Schule erfordert eine Budgeterhöhung um 2.2 Mio. Franken.
- Bei den verstärkten Massnahmen führen die zunehmenden Schülerzahlen in separativen Angeboten innerhalb und ausserhalb der Volksschulen zu einem höheren Aufwand in Höhe von 2.0 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahr.
- Für die Umsetzung der Projekte Reorganisation Strafverfolgung (ReoS) und Justizia 4.0 werden insgesamt befristete Mehraufwendungen von 2.0 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahresbudget benötigt.
- Die zunehmende Digitalisierung der kantonalen Verwaltung erfordert den Aufbau, die Einführung und den stabilen Betrieb neuer digitaler Services – sowohl auf Infrastrukturebene (IT BS) als auch in den Fachbereichen (STV, HR BS). Dies führt zu Mehraufwendungen von 2.0 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahresbudget.

- Die Arbeiten an einem umfassenden Massnahmenpaket zur Prävention und Bekämpfung Sexualisierter Gewalt werden 2026 abgeschlossen und dem Grossen Rat zur Genehmigung vorgelegt. Vorbehältlich der Genehmigung werden ab 2027 Massnahmen in den fünf Handlungsfeldern Sensibilisierung, Akutversorgung, Strafverfolgung, Tatpersonenarbeit und Datengrundlagen umgesetzt. Für die Umsetzung des Massnahmenpakets sind Aufwendungen von 1.8 Mio. Franken eingeplant.
- Aufgrund einer höheren Anzahl an Projekten, werden im Vergleich zum Budget 2026 Mehrausgaben von 1.7 Mio. Franken beim Standortförderungsfonds erwartet.
- Für die Konzeption und den Aufbau des Gesundheitsdatenraums Basel werden 1.6 Mio. Franken budgetiert. Mit dem standardisierten Austausch relevanter Daten aller Akteure des Gesundheitswesens soll die Behandlungsqualität, Patientensicherheit und Effizienz gesteigert werden.
- Um die Exzellenz der Kulturangebote Basels zu sichern, werden zusätzliche 1.5 Mio. Franken budgetiert. Die Erhöhung ist insbesondere auf das Theater Basel, die Programm- und Strukturförderung Orchester sowie das Kunstmuseum und das Museum der Kulturen zurückzuführen.
- Das erwartete Wachstum in der Jugendhilfe von 1.5 Mio. Franken ist insbesondere auf die demographische Entwicklung sowie die zunehmende Nachfrage zurückzuführen.
- Die Aufwendungen für die Restfinanzierung an die Pflegeheime werden im Jahr 2027 aufgrund der Tarifierhöhung gemäss Pflegeheim-Rahmenvertrag mit dem Verband der gemeinnützigen Basler Alterspflegeheime Curaviva Basel-Stadt für die Jahre 2026–2029 um 1.4 Mio. Franken pro Jahr ansteigen.
- Die neue Gebührenregelung im Bürgerrecht führt zu Mehraufwendungen von 1.3 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahresbudget.
- Die Berücksichtigung der effektiven Kostenentwicklung sowie der Erfahrungswerte aus den Vorjahren erfordert im Bereich der Softwarelizenzen und IT-Dienstleistungen des Erziehungsdepartements eine Budgeterhöhung von 1.1 Mio. Franken.
- Insbesondere für den Betrieb im Neubau fallen beim Naturhistorischen Museum und beim Staatsarchiv Mehrausgaben von 1.0 Mio. Franken im Vergleich zum Budget 2026 an.
- Bei der Staatsanwaltschaft wird mit Minderträgen bei den Bussen, Geldstrafen, Verfahrensgebühren und Verfahrensauslagen in Höhe von 1.0 Mio. Franken gerechnet.
- Für die Erhöhung der Sicherheit durch Stärkung der Prävention sollen beim Justiz- und Sicherheitsdepartement 1.0 Mio. Franken zusätzlich eingesetzt werden.
- Aufgrund der Erfahrungswerte wurde das Budget für die Bussen bei der Kantonspolizei um 1.0 Mio. Franken gekürzt.
- Das vergünstigte und verbesserte Angebot in der Tagesbetreuung führt zu einer grösseren Nachfrage, was Mehrkosten von 1.0 Mio. Franken nach sich zieht.

Das **Nichtzweckgebundene Betriebsergebnis** verbessert sich gegenüber dem Vorjahresbudget um 137.1 Mio. Franken. Dabei sind folgende Faktoren erwähnenswert:

Entlastungen:

- Die Gewinnsteuern werden um 682.0 Mio. Franken höher erwartet als im Budget 2026. Dies ist insbesondere auf die erstmals finanziell wirksame Steuererhöhung aus der Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern (StG) zurückzuführen (461 Mio. Fr.). Im Gegenzug nehmen die Einnahmen aus der Ergänzungssteuer ab. Ein Einmaleffekt (100 Mio. Fr.) und eine positive Gewinnentwicklung bzw. eine Anpassung aufgrund der Rechnung 2025 (120 Mio. Fr.) tragen ebenfalls zur Zunahme bei.

- Aufgrund des hohen Rechnungswertes 2025 und der erwarteten Steuereinnahmen der juristischen Personen wird der Anteil an der direkten Bundessteuer um 9.9 Mio. Franken höher budgetiert als im Vorjahr.
- Die Debitorenverluste der Steuerverwaltung wurden an den Rechnungswert 2025 angepasst (3.5 Mio. Fr.).

Belastungen:

- Aufgrund der Gewinnsteuerreform reduzieren sich die erwarteten Einnahmen der Ergänzungssteuern um 374.3 Mio. Franken. Im Gegenzug nehmen die Gewinnsteuern zu.
- Das Basler Standortpaket umfasst Fördermassnahmen in den Bereichen Innovation, Gesellschaft und Umwelt, die aus zwei Fonds finanziert werden. Die beiden Fonds sind jährlich mit mindestens 150 Mio. Franken und maximal 500 Mio. Franken zu äufnen. Für das Jahr 2027 ist eine Äufnung der Fonds im Umfang von 500 Mio. Franken vorgesehen (2026: 400 Mio. Fr.).
- Die Einkommenssteuern werden insbesondere aufgrund des Rechnungsergebnisses 2025 um 43.9 Mio. Franken im Vergleich zum Vorjahresbudget reduziert.
- Die Reduktion bei den Kapitalsteuern in Höhe von 21.6 Mio. Franken ist ebenfalls hauptsächlich auf das Rechnungsergebnis 2025 zurückzuführen.
- Der Beitrag des Kantons Basel-Stadt an den NFA steigt im Jahr 2027 um 15.4 Mio. Franken. Der Ressourcenindex des Kantons Basel-Stadt hat von 155.9 im Jahr 2026 auf 156.9 im Jahr 2027 zugenommen.
- Im Zusammenhang mit dem Kantonswechsel der Gemeinde Moutier vom Kanton Bern zum Kanton Jura erfolgt eine solidarische Unterstützung des Kantons Jura durch die NFA-Geberkantone. Hierfür hat der Regierungsrat dem Grossen Rat Ausgaben in Höhe von 9.0 Mio. Franken für die Jahre 2027 bis 2031 beantragt (1.8 Mio. Fr. p.a.).

Die **Abschreibungen** werden im Vergleich zum Vorjahresbudget fast unverändert budgetiert.

Das **Finanzergebnis** fällt im Vergleich zum letztjährigen Budget um 19.3 Mio. Franken besser aus.

Entlastungen

- Der Liegenschaftenertrag (netto) im Finanzvermögen wird aufgrund des Portfoliozuwachs um 14.2 Mio. Franken über dem Vorjahresbudget erwartet. Während die Erträge um 18.9 Mio. Franken ansteigen, nehmen die Aufwendungen um 4.7 Mio. Franken zu.
- Es wird mit einem um 2.4 Mio. Franken tieferen Zinsaufwand für die Schulden gerechnet. Die Neuverschuldung fällt gegenüber den letztjährigen Erwartungen tiefer aus.
- Der EuroAirport Basel-Mulhouse wird voraussichtlich eine Gewinnausschüttung von 2.0 Mio. Franken an den Kanton Basel-Stadt leisten.

Belastungen

- Es gibt keine nennenswerten Veränderungen bei den Belastungen.